

Faschistische Tendenzen in der Mitte der Gesellschaft?

Adalbert Feltz (16.02.2017)

In einer Zeit, in der das bestehende Establishment mit Slogans wie „es ging uns noch nie so gut“ sich selbst auf die „Schulter klopft“ und im Mainstream der Manipulation öffentlicher Meinung nahezu im Gleichklang ein „Weiter-so“ propagiert, andererseits aber vielfach eine Blockade notwendiger Entscheidungen, grundlegende Mängel im Bildungssystem, stagnierende Investitionen, steigende Arbeitslosigkeit und eine Politik mit dem Risiko eines gegen Russland gerichteten Krieges nicht zu übersehen sind, wird in der Gesellschaft ein Aufbegehren spürbar, das rechtskonservative Bewegungen auffangen.

Letzteres gelingt, weil eine das kapitalistische System in Frage stellende politische Kraft in der EU kaum wahrnehmbar ist, eine linke Bewegung, die das Aufbegehren Jener aufgreifen könnte, die Scheinheiligkeit und das Wegschauen von Benachteiligung und Armut in den westlich geprägten Demokratien nicht mehr hinnehmen wollen. Die Linke neutralisiert sich überall dort selbst, wo sie sich zur Regierungsbeteiligung anbietet. Ja, und so verdienstvoll und notwendig ihr konsequentes Auftreten gegen Rechtspopulismus ist, so unverkennbar liegt in diesem Wirken zugleich die Komponente einer Stützung und Verteidigung des etablierten Systems. Da haben „rechte Rattenfänger“ leichtes Spiel, die berechtigte Empörung aufzufangen und diese, ohne das System der Kapitalverwertung anzugreifen, auf so gewichtige „Nebengeleise“ abzuleiten, wie unkontrolliert ins Land geholte Wirtschaftsflüchtlinge, Randgruppen mit anderen Lebensentwürfen oder überbordende Soziallasten einer überalterten Bevölkerung etc.

Ist aber nicht das verbreitete Wahlverhalten bereits ein Indiz für den Grad der Aushöhlung unserer Demokratie, neben geringer Wahlbeteiligung vor allem eine Urteilsfindung nach dem Charisma von Kandidaten, nach Schlagworten ohne nach Inhalten zu fragen – zuletzt beispielhaft illustriert durch den Umfrage-Hub bei der SPD nach dem Wechsel S.Gabriel-M.Schulz; da sich doch beide allenfalls marginal in ihren bisherigen politischen Haltungen und Taten voneinander unterscheiden?

Da erscheint es naheliegend, die Frage zu stellen, ob und in welchem Grad die für eine Demokratie unverzichtbaren Kriterien in unserer Gesellschaft lebendig sind oder inwieweit Merkmale einstiger faschistischer Herrschaft in der deutschen und EU-Politik selbst bereits Fuß gefasst haben. Das Aufbegehren mit rechtsradikalen Akzenten gegen ein Establishment, dessen Agieren sich vorwiegend nur noch im Bewahren des äußeren Scheins demokratischer Spielregeln erschöpft, ist da womöglich durchaus passfähig und die Ablehnung durch das etablierte System im Wesentlichen nur noch Scheingefecht.

Faschismus ist offener staatlicher Terror, und den haben wir nicht, und er war weiterhin Antisemitismus, dem deutsche und EU-Politik heute überzeugend entgegengetreten. Er war aber auch blinder Massenanhang und dann vor allem räuberischer Imperialismus mit namentlich benennbaren Interessenten und Nutznießern (Kurt Pätzold). Nein, unsere Demokratie lässt sich nicht mit der Herrschaft von Faschismus vergleichen, wohl aber scheinen Momente auf, die Erinnerungen an unselige Zeiten aufkommen lassen:

- Es kommt heutzutage wie zur Zeit des Faschismus eine sehr weitgehende Gleichschaltung der öffentlichen Meinung zustande - diesmal dank größerer Perfektion der Manipulation durch Massenmedien mit weniger administrativer Restriktion. Kritischer Journalismus verhält im Allgemeinen ohne nennenswerte Wirkung. Der sog. „main stream“ formiert sich unter Anpassung an programmatische Vorgaben und Verzicht auf tiefgründige Analysen „wie von selbst“, ist vielfach geprägt durch willkürliche Bagatellisierung oder nicht wahrheitsgemäße Höherbewertung von Fakten, Degradierung von Fakten zu Meinungen mit mehr oder weniger beliebiger Auslegung oder auch durch Weglassen von Fakten (Lügenpresse)..
- Zur Zeit des Faschismus wurde eine Volksgemeinschaft beschworen, dafür wird heutzutage in der westlichen Welt in stereotyper Wiederholung eine Wertegemeinschaft propagiert, die als Leitbild einer angeblich höher stehenden Zivilisation anderen Völkern zur Übernahme empfohlen bzw. wenn sich Gelegenheit bietet auch aufgedrückt wird – wohlweislich unter Auslassen solch historisch errungener Werte wie „konsequente Trennung von Staat und Kirche“, „grundsätzliche Pflicht zur Gestaltung friedlicher Beziehungen zu benachbarten Nationen“, „grundsätzliche Pflicht zur rechtlichen Gleichstellung ethnisch verschiedener Volksgruppen innerhalb eines Landes (Vorbild Schweiz).
- Es wird wie zur Zeit des Faschismus eine Überlegenheit des eigenen, in diesem Fall des westlichen politischen Systems definiert und daraus das Recht abgeleitet, in anderen Regionen unter Bruch des Völkerrechts Krieg zu stiften – räuberische Machtexpansion wie seinerzeit ist dabei kaum zu übersehen.
- Es ist in unserer Zeit nach Beendigung des Kalten Krieges wie zur Zeit des Faschismus ein gegen Russland gerichtetes Feindbild aufgebaut worden, und unter Bruch getroffener Abmachungen werden Panzerbrigaden und NATO-Truppenkontingente an die russische und weißrussische Westgrenze herangeführt – militärische Gegenmaßnahmen aber dem Bedrohten nach althergebrachtem Muster als Verletzung des militärischen Gleichgewichts in Europa angelastet, so als sei er der Aggressor.
- Wie seinerzeit vor dem Überfall auf die Sowjetunion werden die technisch-ökonomischen Ressourcen Europas unter der Stabführung eines wirtschaftlich dominanten Deutschland gebündelt, der vermeintliche Gegner durch Embargobestimmungen (Sanktionen) geschwächt und im Verein mit der NATO eine Hochrüstung angeschoben, die eine militärische Überlegenheit sichern soll.

Eine solche Konstellation mit einem wachsenden Führungsanspruch des deutschen Imperialismus auf dem Hintergrund einer Allianz mit geopolitischen Ambitionen der USA lässt Furcht aufkommen. Ist die Stationierung deutscher Truppenkontingente an der Grenze zu Russland 75 Jahre nach dem Überfall auf die Sowjetunion keine ins Gewand der NATO gekleidete faschistische Tendenz? Für die Friedenssicherung wäre es da womöglich tatsächlich günstiger wenn eine so geartete EU zerfiele. Ihre Frieden stiftende Mission wurde verraten, der Friedensnobelpreis von 2012 hat sich als ein Witz erwiesen.

